

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 5

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Fragonard ist ,tout de feu‘, schrieb Saint-Non, «seine Zeichnungen sind sehr zahlreich, eine jagt die andere. Sie entzücken mich. Es steckt etwas wie Zauberei in ihnen.» Wenn die Zeichnungen und Gemälde Fragonards uns heute noch so begeistern wie früher seinen treuen Reisegegnossen, so kommt dies daher, daß sich der Künstler darin selber ganz dargestellt hat. Er hat seine ganze Persönlichkeit in sein Werk gelegt, seine Träume und Illusionen, seine Zärtlichkeit und seine edle Sinnlichkeit, die das Äußere der Geschöpfe und Dinge liebt, und die aus ihrer Darstellung ein Kleinod schafft, welches nichts mehr mit «Natur» zu tun hat, sondern allein dem menschlichen Geiste zu eigen ist.

François Daulte

STIMMEN DER WELTPRESSE

In Erwartung der Ratifizierung der EVG durch Frankreich und Italien kommt dem kürzlich am Kongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs in Asnières gefaßten Beschluß, an der europäischen Politik festzuhalten, eine besondere Bedeutung zu. *Giovanni Spadolini* stellt darüber in einem Leitartikel im unabhängigen Mailänder *Corriere della Sera* vom 10. Juli unter dem Titel *Speranze europee* (Europäische Hoffnungen) einige interessante Betrachtungen an. Die französische Sozialdemokratie hat den indochinesischen Fragenkomplex vom europäischen getrennt und fürchtet, daß Mendès-France zu einer Revision der EVG in nationalistischem Sinne gelangen könnte, was zweifellos eine Krise der europäischen Bündnisse mit sich brächte. Spadolini weist denn auch darauf hin, daß die französischen Sozialdemokraten die EVG nicht als militärisches Instrument, sondern als Waffe für einen erneuerten politischen Föderalismus verteidigten, der von einer sozialen Idee getragen werde. Dies in der Absicht, noch eine wesentliche Aufgabe zu übernehmen, nämlich diejenige, sich den nationalistischen Tendenzen der Kommunisten entgegenzustellen. Nach Ansicht des Verfassers haben jedoch andere Motive zur Stellungnahme der französischen Sozialisten beigetragen: 1. die Ablehnung der einzig wahren Alternative der EVG, d. h. die selbständige deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen

der NATO; 2. die Furcht, Amerika könnte sich auf eine Politik der peripheren Strategie zurückziehen; 3. die Unmöglichkeit, eine wahre Politik der Reformen einzuleiten, die über die nationalen Grenzen hinausginge und die Voraussetzungen für eine dritte europäische Macht schaffen würde.

Tschou En-lais Besuch in Neu-Delhi und seine kurze Visite in Rangoon auf dem Heimweg nach Peking haben in den weitesten Kreisen Asiens neue Hoffnungen auf Frieden und gute Nachbarschaft aufleben lassen. Im Rahmen dieser asiatischen Verständigung erscheinen als die einzigen Störenfriede die Amerikaner, die eher auf militärische Vorbereitungen gegen weitere Ausdehnung des kommunistischen Imperiums bauen als auf Tschous Versicherungen guter Absichten. Die indische Presse hat mit ganz geringen Ausnahmen das Ergebnis der Besprechungen zwischen Nehru und Tschou mit größter Begeisterung begrüßt. Typisch ist der folgende Leitartikel der *Times of India*, der größten Tageszeitung Indiens, mit unabhängiger, aber recht schwankender Haltung (29. Juni): «Die bekannten Phrasen von gegenseitiger Hochachtung, Nichtangriff, Nichteinmischung, Gleichheit und friedlicher Koexistenz sind es gerade, die — in der Welt wie sie heute ist — ständig neuer Bestätigung bedürfen; die Herausforderung unserer Zeit

besteht genau darin, diese Phrasen in Tatsachen zu übersetzen, wenn nicht der kalte Krieg in einer Klimax allgemeiner Zerstörung enden soll... Die Ministerpräsidenten waren hauptsächlich bemüht, gewisse grundsätzliche Richtlinien für internationales Verhalten festzulegen, welche — nach ihrer Meinung — den Ablauf der Dinge besonders in Indochina, aber auch allgemein im Bereich des kalten Krieges bestimmen sollen. Die hoffnungsvollste Bestätigung des Prinzips der ‚Koprosperität‘ (nach Ansicht unseres Mitarbeiters in Bombay wird man hier an die Schlagworte japanischer Welteroberung erinnert) ist vielleicht in der folgenden Aussage Tschou En-lais enthalten: ‚Die Völker jeder Nation sollen das Recht haben, ihr eigenes Staatssystem zu wählen und ihre Lebensweise ohne die Einmischung von außen!‘ Er fügte hinzu, daß die Revolution kein Exportartikel sei. — Man sieht zu selten ein, daß die gegenwärtige Bedrohung des Weltfriedens nicht in dem Bestehen verschiedener und sich widersprechender politischer Systeme ihre Ursache hat, sondern in der Annahme, daß die Unvereinbarkeit der Systeme begleitet sein muß von gegenseitiger Feindseligkeit der verschiedenen Staaten. Die Bedeutung der gemeinsamen Bekanntmachung der beiden Ministerpräsidenten, nicht nur für Indien und China, sondern für die ganze Welt, liegt in der grundsätzlichen Überzeugung, daß Völker und Nationen in Einklang gebracht werden können, selbst wenn es unmöglich ist, politische Theorien zu versöhnen. — Der Artikel meint, daß die Übertragung der verkündigten Prinzipien in die Tatsachenwelt der südostasiatischen Situation in der erklärten Absicht Pekings bestünde, den Krieg in Indochina zu beenden unter der Bedingung, daß die drei assoziierten Staaten freie, demokratische und unabhängige Regierungen bilden können und fähig sind, sich als eine neutrale Pufferzone zu etablieren und behaupten. Dies sei gewiß keine leichte Aufgabe, und die politische Auseinandersetzung zwischen Viet Minh und Viet Nam nach der Feuerpause wird sicher-

lich den guten Willen aller Beteiligten auf die äußerste Probe stellen. Das sei der Augenblick, wenn die neuen freundschaftlichen Bindungen zwischen Indien und China sich als wertvoll erweisen würden. — «Es ist nicht im Bereich der Möglichkeiten für Indien und China, alleine eine Lösung in Indochina und sonstwo zu finden oder die Ereignisse in Genf zu beeinflussen. Frankreich, die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland werden schließlich der unmittelbaren Zukunft ihre Form geben; aber für ein Problem, das in erster Linie ein asiatisches Problem ist, haben angemessenerweise Neu-Delhi und Peking einen Weg der Hoffnung gewiesen, der zu einer ständigen Lösung führen mag.»

In dem Gedankenaustausch über eine europäische Integration spielt die regionale ökonomische Annäherung zwischen benachbarten Staaten als Etappe zum gesamteuropäischen Wirtschaftszusammenschluß eine hervorragende Rolle. Nach dem zweiten Weltkriege waren die Hoffnungen der «All-Europäer» neben der bekannten *Benelux-union* auch auf den *gemeinsamen nordischen Markt*, umfassend die Territorien von Dänemark, Island, Norwegen und Schweden, gerichtet. Über die Bemühungen um eine skandinavische wirtschaftliche Einigung unterrichtet ein instruktiver Artikel von *Lars Frisk*, Stockholm, in Nr. 12 des *Europa-Archivs* (Oberursel im Taunus) vom 20. Juni 1954. Der Verfasser erscheint zu dem von ihm erstatteten Bericht besonders berufen, weil er als Sachverständiger der schwedischen Delegation die Verhandlungen aus nächster Nähe beobachten konnte. — Frisk gibt einleitend einen kurzen Abriss der bisherigen Geschichte der *Danosve* (Danmark, Norge, Sverige)-*Union*, beginnend mit der «Konvention von Oslo» aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Seitdem sind in den Versuchen zur Realisierung des skandinavischen Einheitsstrebens gewiß manche Fortschritte erzielt worden: nur die handelspolitische Zusammenarbeit ist bisher immer wieder an norwegischen Bedenken gescheitert.

Der Auftrieb, den die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) in Paris und der Abschluß und Ausbau des Genfer Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) den internationalen Unionsbestrebungen verlieh, führte in Europas Norden zur Bildung eines gemeinsamen Ausschusses mit der Aufgabe, die Wege zu einer wirtschaftlichen Kooperation in Skandinavien auffindig zu machen. Seinem im allgemeinen zum mindesten für die nächste Zeit negativen Bericht vom Januar 1950 hat der Ausschuß auf Grund frischer Direktiven der Regierungen im Mai 1954 einen weiteren folgen lassen. Dieser letztere ist es, dem der Verfasser seine Aufmerksamkeit widmet. — 17 Industriezweige der verschiedensten Art wurden strukturell und statistisch vom Ausschuß durchleuchtet. Wieder ergab sich die Divergenz zwischen den dänischen und schwedischen Experten der Industrie auf der einen Seite, die auf handelspolitische Liberalität hindrängten, und den norwegischen auf der anderen. Diese fürchteten für die Konkurrenzfähigkeit ihrer nationalen Wirtschaft in der frischen Luft eines vereinheitlichten Marktes. Positiver stellten sich die ebenfalls vom Ausschuß befragten Arbeiterorganisationen in den drei nordischen Staaten zu dem Problem; selbst die Norweger regten an, versuchsweise Zölle und Einfuhrverbote für einige Industriebranchen interskandinavisch zu beseitigen. — Im übrigen betonte der Ausschuß die günstige Lage in den Voraussetzungen für eine skandinavische Wirtschaftsunion, namentlich im Hinblick auf die verwandten Sprachen und Kulturen und die Ausgeglichenheit der Löhne. Wieder sind es die Dänen und Schweden, die zur Einführung des *nordischen Marktes* mit einer zehnjährigen Übergangsperiode raten, während die Norweger auch diesmal ihre Skepsis zum Ausdruck bringen. Der von Frisk besprochene Bericht wird während des Monats August 1954 in Oslo dem «Nordischen Rat» vorgelegt werden, einer gemeinsamen Organisation der skandinavischen Regierungen und Parlamente. Der Verfasser ist der Überzeugung, daß dessen Entschließung ge-

wichtigen Einfluß auf die endgültige Stellungnahme der Regierungen in der Frage eines gemeinsamen nordischen Marktes ausüben wird.

Aus einem Sonderbericht aus Washington von *Harry W. Frantz*, erschienen am 13. Juli in der römischen unabhängigen ökonomischen Tageszeitung *Il Globo*, geht hervor, daß sich im Hinblick auf die für dieses Jahr in Rio de Janeiro vorgesehene interamerikanische Wirtschaftskonferenz drei verschiedene Auffassungen abzuzeichnen beginnen, die bis zum Zeitpunkte gültig sind, in dem der amerikanische Kongreß das Außenwirtschaftsprogramm des Präsidenten Eisenhower angenommen haben wird. 1. Die erste Auffassung geht dahin, daß die Konferenz von Rio de Janeiro einer entschiedenen regionalen Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der amerikanischen Staaten einen Auftrieb geben werde. 2. In zweiter Linie wird der Standpunkt vertreten, daß es nützlich sei, sich der Hilfsstellen der Vereinigten Nationen zu bedienen und dabei zweckmäßig, im Bereiche des allgemeinen Programmes und der Dienste der Vereinigten Nationen für die interamerikanischen Wirtschaftsinteressen zu sorgen. 3. Nach einer dritten Auffassung, welche die amerikanischen Republiken und selbst die Vereinigten Staaten von Amerika sich zu einem wirtschaftlichen Nationalismus entwickeln sieht, sollte die interamerikanische Aktion darauf hintendieren, die Extreme des Nationalismus zu mäßigen und eine Übereinstimmung der ökonomischen Maßnahmen der einzelnen Republiken herbeizuführen. — Der Sonderbericht aus Washington weist im übrigen darauf hin, daß es nach allen drei Auffassungen im Interesse der amerikanischen Staatsmänner liege, die wirtschaftliche Entwicklung in jedem Lande der westlichen Hemisphäre zu fördern, um der Drohung einer kommunistischen Infiltration wirksam zu begegnen. Offen bleibt noch die Frage, an wen man sich für die finanzielle Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung wenden soll: an die Interna-

tionale Bank, an die Bank von Washington oder an private Gesellschaften, ferner ist die Organisation der technischen Zusammenarbeit noch nicht entschieden.

Gleich wie die Sowjetunion nach dem Tode Stalins haben auch die Satellitenstaaten im Verlaufe des letzten Jahres eine neue ökonomische Politik entwickelt. Nr. 9/1954 der Wochenzeitung *Die Presse* (Wien) berichtete über die *Agrarkrise und Neuplanung in Ost-Mitteleuropa*. Die entscheidende Ursache der Dauerkrise im Agrarsektor, die Forcierung des landwirtschaftlichen Kollektivierungsexperiments mit ihren unvermeidbaren wirtschaftlichen und psychologischen Begleiterscheinungen wird dabei von den kommunistischen Agrarpolitikern bewußt verschwiegen. Die sogenannte «Erfolgsstatistik» des Ostens enthüllt für den aufmerksamen Leser folgende Tatsachen: die im Planvorhaben bekundete Absicht, 65 bis 70% der agrarischen Nutzflächen zu kollektivieren, hat sich nicht verwirklichen lassen. Auch die geplante Technisierung der Landwirtschaft ist nur zu zwei Dritteln gelungen. Der neue Kurs mit seiner Investitionssteigerung um 50 bis 100% in Agrarwirtschaft und Lebensmittelindustrie bedeutet das Eingeständnis, daß die vorgesehene landwirtschaftliche Ertragsvermehrung nicht erzielbar gewesen ist. Der Grund dafür liegt im resistenten Widerstand der geplagten Bauern gegen den Kolchos, ist aber daneben auch in den hemmenden wirtschaftlichen Gegebenheiten, wie z. B. durch die hinter dem Bedarf nachhinkende Technisierung, zu finden. Der «Faktor Mensch» hat sich für die kommunistischen Staatsleitungen in Ost-Mitteleuropa als das größte Hemmnis für die globale Kollektivierung erwiesen.

Der im Juni durchgeführte Kongreß der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei beschäftigte sich vor allem mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes, die durch die grobe Vernachlässigung und Benachteiligung

der Landwirtschaft gegenüber der mit allen Mitteln forcierten Schwerindustrie entstanden sind, was zu ständigen Versorgungsschwierigkeiten führen mußte. Das kommunistische Prager Zentralorgan *Rudé právo* vom 29. Juni wirft angesichts des Niederganges der Landwirtschaft, der nunmehr aufgehalten werden soll, die Frage auf, ob nicht der Außenhandel durch Erhöhung des Exportes von Industriegütern und durch gesteigerten Import von Lebensmitteln und pflanzlichen Rohstoffen die geringe Leistung der heimischen Landwirtschaft wettmachen könnte. Die Antwort wirft ein bezeichnendes Licht auf die Handelsbeziehungen in den Ostblockstaaten: «In Wirklichkeit spielt der tschechoslowakische Außenhandel, dank der Hilfe der Sowjetunion und der entwickelten eigenen Maschinenindustrie, bereits eine bedeutende Rolle bei der Ergänzung der Lebensmittelvorräte. Die steigende Einfuhr von Lebensmitteln während des Fünfjahresplanes (1949 bis 1953) wurde vor allem durch Maschinenexporte gedeckt. Aber auch das hat seine Grenzen. Erstens wäre es nicht rationell, die Einfuhr von Lebensmitteln zu erhöhen, da es möglich ist, diese unter günstigen Bedingungen selbst im Lande zu erzeugen. Man braucht nur die Transportkosten in Betracht zu ziehen. Zweitens sind die Möglichkeiten der Lebensmittelzufuhr beschränkt, da sich in der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern, in denen die Tschechoslowakei vorwiegend einkauft, der Lebensstandard und besonders der persönliche Verbrauch ständig erhöht. Große Einkäufe von Lebensmitteln in den kapitalistischen Ländern stoßen auf Schwierigkeiten, die durch Diskriminierungsmaßnahmen gegen die Länder des Friedenslagers verursacht werden. Außerdem sind auch die dem Export zur Verfügung stehenden Warenmengen nicht unbeschränkt; eine übermäßige Ausfuhr von Maschinen würde die technische Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft bremsen. Der tschechoslowakische Außenhandel kann daher niemals auf die Dauer die Mängel der Landwirtschaft wettmachen. Die

Überschätzung der Möglichkeiten des Außenhandels führte bei manchen Wirtschaftsfunktionären zur Unterschätzung der Bedeutung der heimischen landwirtschaftlichen Produktion.»

Die tiefe Verwurzelung der Bevölkerung der Tschechoslowakei mit der kapitalistischen Vergangenheit gab das Prager kommunistische Zentralorgan *Rudé právo* vom 30. Juni zu, als es das Versagen der tschechoslowakischen Nationalmannschaft bei den Weltmeisterschaften in der Schweiz auf schwache ideologische Ausrichtung der Sportler zurückführte: «Das schwache Niveau unseres Fußballsportes ist das Ergebnis der ungenügenden ideologischerzieherischen Arbeit der freiwilligen Sportfunktionäre. Besonders in den Fußballklubs wird die erzieherische Arbeit arg vernachlässigt. Der ideologischerzieherischen Arbeit in den Fußballsektionen muß eine große Sorgfalt gewidmet werden, um so mehr, als man hier noch vielfach auf alte ungesunde Ansichten stößt, deren tiefe Wurzeln von der kapitalistischen Republik herühren.» — Daß diese Haltung sich nicht auf die Sportler allein beschränkt, geht aus der Feststellung von *Rudé právo* vom 4. Juli hervor, wonach die Kabarettveranstaltungen vorwiegend aus uralten Programmen bestehen, die begeistert aufgenommen werden: «Sie bieten dem Publikum eine zweifelhafte Unterhaltung und entstellen die Vergangenheit, indem sie diese als eine Idylle der alten goldenen Zeit schildern.»

Die *Bonner Hefte* (München-Stuttgart) veröffentlichten einen aufschlußreichen Bericht eines Schülers Tagores über das Verhältnis der asiatischen Religionen zum Kommunismus (Nr. 1, 1954). Die Hoffnung der freien Welt, die asiatischen Religionen würden wie ein Granitwall den Ansturm der bolschewistischen Ideologie zurückhalten, hat sich nicht erfüllt. Im buddhistischen Ceylon kämpfen ein bisher in Asien unbekannter Nationalismus und der Buddhismus gegen den Kolonialimperia-

lismus, arbeiten teils bewußt, teils unbewußt eng zusammen und haben beide die gleichen Parolen vom Moskauer Kommunismus übernommen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß im mohammedanischen Pakistan nicht nur hohe Militärs, sondern auch strenggläubige mohammedanische Politiker mit Moskau kokettieren. In China, Burma, Malaya und Ceylon spielt der russische Kommunismus auf den Instrumenten des Rassennationalismus, der Klassendiskriminierung und des Kolonialimperialismus. Es ist dem Kommunismus gelungen, in den letzten sechs Jahren in Asien viele Menschen davon zu überzeugen, daß er die Religion der von den Weißen unterdrückten Völker sei. Der Ausgang des Koreakrieges wird in China und Südostasien als großer Erfolg des Kommunismus betrachtet, der nun für einen Fünftel der Menschheit als Vorkämpfer für die nationale Befreiung der farbigen Völker gilt, als ihr bester Freund und als unbesiegbare Bundesgenosse, weit mächtiger und zielbewußter als die alten ehrwürdigen, aber Resignation predigenden Religionen. Will die Freie Welt nicht in absehbarer Zeit den Fernen Osten und Südostasien zum Todfeind haben, so darf sie zunächst dem kommunistischen China keinerlei militärische und politische Konzessionen mehr machen, und muß andererseits die Völker Asiens davon überzeugen, daß der Kommunismus keineswegs ein uneigennütziger Freund ist, sondern ihr blutiger, erbarmungsloser Tyrann, und daß die Freie Welt es mit ihren Parolen der Humanität, der Freiheit und der Gleichberechtigung ernst meint.

Nach einem Bericht von *Christian Roll*, Rangoon, über Burma in der Zeitschrift *Außenpolitik* (Stuttgart) suchen die augenblicklichen Herren Burmas nach einer Synthese zwischen der buddhistischen Staatsreligion und dem Marxismus (Heft 2/1954). Materielle und spirituelle Bedürfnisse des Volkes sollen zu gleicher Zeit zufriedengestellt werden. Zwischen Buddhismus und Marxismus besteht in den Grundprinzipien so viel Übereinstimmung, daß die ausgesprochen passive buddhistische Reli-

gion zumindest nicht als Bollwerk gegen den Kommunismus angesehen werden kann. Obgleich die Kommunistische Partei in Burma zahlenmäßig bedeutungslos ist, übt sie immerhin einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Jugendorganisationen und auf die «Students Union» aus. Wie überall in Asien, nimmt sich die kommunistische Propaganda vornehmlich der intellektuellen Jugend an. Ferner sind die in Burma lebenden Chinesen größtenteils Kommunisten. Rot-China unterhält in Rangoon eine Zentrale, in der die Fäden zu allen Aktionsgruppen im freien Asien zusammenlaufen. Für den Aufbau ihres religiösen Wohlfahrtsstaates haben die Burmanen das kommunistische Jugoslawien zum Vorbild und die Ideale des Buddhismus als Grundlage gewählt, doch ist dieser Wohlfahrtsstaat bis jetzt mehr oder weniger noch in den Plänen stecken geblieben.

Auf Einladung des internationalen Missionsrates besuchte *John C. Bennet* 1950/51 verschiedene asiatische Länder und berichtete in der Zeitschrift für internationale Zusammenarbeit *Dokumente* über das Verhältnis von Christen und Kommunisten in Asien (Nr. 6/1953). In den asiatischen Ländern fehlt es überall an soliden Kenntnissen über den Kommunismus, abgesehen von einigen jungen Christen in Indien, woselbst der Christliche Rat, zusammen mit der Christlichen Studentenbewegung, ein Institut zum Studium des Kommunismus unterhält. Es gehört zu unseren wichtigsten Aufgaben, die nichtasiatischen Christen dahin zu bringen, daß sie das Problem des Kommunismus so sehen, wie es den Christen Asiens erscheint. Ein weit verbreiteter Fatalismus hält den Vormarsch des Kommunismus in Asien für unvermeidlich, und die Annahme der Christen, der Kommunismus werde in Asien weniger brutal sein als in Europa, bedingen eine unverhältnismäßig passive Haltung gegenüber dem Kommunismus. Die Inder und andere Völker halten den asiatischen Kommunismus auch deshalb für weniger gefährlich, weil sie seit langem den Westen als den Hauptquell aller

Mißstände im Blickfeld haben. Aber noch wichtiger erscheint der weitverbreitete Glaube an die Unschuld Asiens im Vergleich mit dem Westen und die Auffassung, ein nichtkapitalistisches Land könne auch nicht imperialistisch sein. Auf den Philippinen schafft die Tatsache, daß die Protestanten die römischen Katholiken mehr fürchten als den Kommunismus, größte Verwirrung. Der Verfasser zweifelt daran, daß eine gemeinsame Front von Christen und Vertretern anderer Religionsgemeinschaften gegen den Kommunismus wünschenswert wäre. Aber wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß die Christen gelegentlich im politischen Bereich die Kommunisten bewußt unterstützen. In manchen Ländern bedeutet der Kommunismus für die Christen eine wirkliche Versuchung, während er in anderen Ländern nicht einmal zur Diskussion steht. Für viele Menschen wird sich der Kommunismus als eine Etappe auf dem Weg zum Christentum erweisen. Aber das Christentum war auch bereits für viele Menschen Asiens eine Etappe auf dem Weg zum Kommunismus. Es ist vielleicht kein Zufall, daß Travancore, die indische Provinz mit der größten Zahl von Christen, auch ein Hauptzentrum des Kommunismus darstellt. Viele Menschen sind von der Grausamkeit des Kommunismus, von seiner Gleichgültigkeit gegenüber der Wahrheit und von seinen Absolutheitsansprüchen abgestoßen. Wohin sollen sie sich wenden? Der Verfasser kennt eine Missionsgesellschaft, die aus ihrem ganzen Wirkungsbereich 20 Missionare für vier Monate zum Studium des Kommunismus zusammengerufen hat, um der Situation einer Enttäuschung großer Kreise über den Kommunismus gewachsen zu sein. Der Kommunismus scheint große Fortschritte zu machen und ist sehr stark. Wenn aber der Stalinismus zu Ende geht oder sich so verwandelt, daß ganz neue Möglichkeiten auftauchen, dann hat die christliche Mission vielleicht eine größere Chance als je zuvor.